



Kleines Lexikon der Sprachtäuschung

Von GÜNTHER MOEWES

Westliche Ökonomie beruht vor allem auf standardisierter Sprachtäuschung. Sie bedient sich einer „Meinungssprache“ statt einer „Tatsachensprache“. Sie ist ein einziges „Lügenwörterbuch“ (Ivan Nagel). Alle diese Täuschungen haben eins gemeinsam: Sie sollen eine ihrer zentralen Funktionen verschleiern helfen: die ständige, „vollautomatisierte“, leistungslose Vermehrung der Geldvermögen, die ständige lautlose Umverteilung von unten nach oben. Die westliche Ökonomie hat sich auf dies Art und Weise ein Gefängnis gezimmert, aus dem sie nicht wieder heraus kann. Ein Irrtum erzeugt immer den nächsten.

Arbeitnehmer heißt nicht derjenige, der Arbeit nimmt, sondern derjenige, der sie gibt. Arbeitgeber heißt dagegen nicht derjenige, der seine Arbeit gibt, sondern derjenige, der sie vom so genannten Arbeitnehmer nimmt. Die Begriffe wurden verdreht, weil Geben seliger ist als Nehmen – Arbeitgeber immer seliger sein wollen als Arbeitnehmer – Arbeitgeber nicht zugeben wollen, dass sie immer nur nehmen und – wenn sie schon ausnahmsweise einmal geben, dann nur fünf Euro aus der Uhrentasche.

Günther Moewes

Abnehmendes Wachstum: In 52 von 56 Jahren seit 1950 waren Bruttosozialprodukt und Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland jedes Jahr größer als jemals zuvor. Eine geringfügige Abnahme gegenüber dem Vorjahr hat es genau vier Mal gegeben: 1965, 1975, 1982 und 1993. In 93 Prozent der Fälle hat also das Sozialprodukt zugenommen und nicht abgenommen. Dennoch wird fortwährend von „abnehmendem Wachstum“ gesprochen, und zwar immer dann, wenn das Sozialprodukt zwar größer geworden ist, die Zunahmegeschwindigkeit aber nicht so groß war wie im Vorjahr, wenn also die jährliche prozentuale Zuwachsrate etwas geringer war. Die suggerierte Abnahme fand also allenfalls in einer mathematischen Ableitung statt. Der Begriff „abnehmendes Wachstum“ könnte sprachlich wohlwollend gedeutet werden als „vorübergehendes Geringerwerden der ständigen Zunahme des Sozialprodukts“. Auch dann hat er mit der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung wenig zu tun. Diese fiktive Konstruktion eines „abnehmenden Wachstums“ soll verschleiern, dass es in Wirklichkeit dauernd Zuwächse gab, die nur nicht angemessen verteilt wurden. Sie wurde abgeleitet aus der ebenfalls fiktiven Konstruktion des so genannten „Exponentiellen Wachstums“.

Arbeitslosigkeit: Während im Zuge der Industrialisierung das Geld immer mehr durch Maschinen verdient wird, versucht die Politik, diese Befreiung von menschlicher Arbeit als Fehlentwicklung darzustellen, als die Katastrophe „Arbeitslosigkeit“. Der ursprüngliche Jahrtausendtraum der Menschheit von der Befreiung von Arbeit durch die Maschine wird zum Albtraum, weil Arbeitseinkommen und Sozialsysteme ausgerechnet an die zurückgehende Arbeit und nicht an die steigende maschinelle Wertschöpfung gekoppelt werden. Im Gegenteil: Die Politik verunglimpft Unternehmer, die diese Befreiung vorantreiben. Sie führt Arbeitslosigkeit auf Faulheit zurück, die es durch „Arbeitsbeschaffung“ und Zwangsmaßnahmen zu überwinden gelte. Sie prophezeit seit 1965 ständig die unmittelbar bevorstehende „Wende auf dem Arbeitsmarkt“, die aber noch nie gekommen ist und auch nie kommen wird. Die Arbeitsabschaffung durch Maschinisierung und Automation lässt sich prinzipiell nicht durch „Arbeitsbeschaffung“ kompensieren.

Arbeitsmarkt: Gibt es nicht. Ein Markt setzt voraus, dass die Marktteilnehmer Angebote auch ablehnen können. Das wird spätestens durch die so genannten „Hartz-Gesetze“ der Sozialdemokraten auch formal vereitelt. Anstatt das immer geringere Arbeitsplatzangebot durch Arbeitszeitverkürzung gerecht zu verteilen, wurde ein Arbeitszwang, eine Art neuer Arbeitsdienst für Billiglohn eingeführt. Die Folge: Die so genannten „Arbeitgeber“ sparen Lohnzahlungen, für die der Steuerzahler mit dem Arbeitslosengeld II einspringen muss.

Arbeitsbeschaffung: Der Begriff geht von der Vorstellung aus, dass es stets genügend Arbeitsvorrat gibt, auf den zurückgegriffen werden kann. Richtig ist, dass es aufgrund der notorischen Unterfinanzierung des Staates eine Fülle staatlicher Aufgaben gibt, die schlecht oder gar nicht erledigt werden: Kindergärten, Bildung, Altenpflege, ökologischer Umbau, Lebensmittelkontrolle, Gesundheitsvorsorge, Natur-, Landschafts-, Hochwasser- und Klimaschutz, Hilfe für die Dritte Welt. Diese unerledigten, gesellschaftsdienlichen Arbeiten werden jedoch längst übertroffen von einer Fülle von überflüssiger oder sogar schädlicher Beschäftigung im privaten Profitbereich: Verschwendung, Verdummung, Verpackung, Vergiftung, verlogene Werbung, Bürokratie, Büroflächenleerstand, sinnlose Transporte, Naturstörung, Rüstung und Kriege. Dieser Zustand kann nicht dadurch überwunden werden, dass ein paar Akademiker zum Laubfegen abgestellt werden, sondern nur, indem die Unterfinanzierung des Staates und die Überfinanzierung privater Kapitalmacht beseitigt werden, und das heißt, indem die leistungslose Vermehrung der privaten Geldvermögen abgestellt wird (Zinseszins, Hedge Fonds, Private Equity u.a.m.). Aber selbst dann gilt: Eine so genannte „Vollbeschäftigung“ wird es in den westlichen Industriestaaten nie wieder geben. Die Arbeitsabschaffung durch Maschinen und Automaten kann niemals durch Arbeitsbeschaffung oder Arbeitserfindung kompensiert werden.

Angreiferstaaten: Von Gabor Steingart 2006 geprägter Begriff (Der Spiegel 37/06). Die westlichen Industriestaaten würden über kurz oder lang zu Verliererstaaten, wenn » » »

sie weiter versuchten, den straff und rücksichtslos gelenkten asiatischen Staatswirtschaften durch bloße Marktliberalität entgegenzuwirken. Das ist zweifellos für Länder wie China und Indien richtig. Für andere Länder gilt es allerdings überhaupt nicht (siehe „Aufholjagd“). Bezweifelt werden muss auch, dass dies ein Kampf zwischen „vertikalen“ Staaten ist. Es handelt sich auch hier längst um den „horizontalen“ Kampf zwischen globaler Kapitalmacht und Bevölkerungen, zwischen leistungsloser Geldvermehrung und Arbeit. Es ist schließlich gleichgültig, ob der Sieg des Kapitals und die Verarmung der Bevölkerungen über Marktmechanismen oder Staatslenkung erreicht wird. Auch in China sind westliche Investoren die Gewinner und eine Milliarde Bauern die Verlierer. Auf deren Rücken hat die gelenkte Staatswirtschaft 925 Milliarden Dollar sinnlos angehäuft. Sie kann sie nicht auf den Markt werfen, ohne das Weltfinanzsystem zum Einsturz zu bringen. Stattdessen machen die reicheren Mittelschichten der USA mit diesem von China geliehenen Geld ihre letzte große Konsum-Sause. In dieser Situation sind zwei Szenarios denkbar: 1.) Auch die „Angreiferstaaten“ machen nur vorübergehend ihr 19. Jahrhundert durch, heben dabei sukzessiv ihre Sozialstandards an und verlieren so nach und nach ihren Angreiferstatus. 2.) Angreiferstaaten und westliche Industriestaaten enden gemeinsam in der globalen Plutokratie (Reichenherrschaft). Es gibt nur noch global agierende Mega-Milliardäre und globale Armut auf heutigem chinesischem Niveau. Survival of the richest. Russland und die USA sind diesem Zustand schon sehr nahe.

Aufholjagd: Es wird auch ständig suggeriert, die Entwicklungsländer würden uns mit ihren hohen Wachstumsraten demnächst wirtschaftlich überholen. (Siehe »» „Angreiferstaaten“). Das trifft für China tatsächlich zu, für Indien schon weniger. Bei den meisten anderen Entwicklungsländern ist tatsächlich das Gegenteil der Fall: Trotz ihrer höheren Wachstumsraten, holen sie nicht nur nicht auf - sie fallen vielmehr noch jahrzehntelang immer weiter gegenüber den Industrieländern zurück. Selbst bei hohen Wachstumsraten bleibt der Pro-Kopf-Zuwachs ihres Sozialprodukts weit geringer als bei hohem Sozialprodukt und geringer Wachstumsrate. Selbst wenn die Entwicklungsländer und Industrieländer ihr derzeitiges Wachstum halten könnten, würde zum Beispiel Indonesien noch 81 Jahre lang immer weiter zurückfallen. Erst danach würde die Kurve seines Pro-Kopf-Sozialprodukts zum ersten Mal beginnen, sich der der Industrieländer wieder anzunähern. Bei vielen anderen Ländern wie Kongo, Tadschikistan oder Moldawien wird eine solche Wende mit den heutigen Daten überhaupt nie erreicht.

Dienstleistungsgesellschaft: Einer der unsinnigsten Begriffe der modernen Ökonomie. Danach soll der rasante Verlust von Industriearbeitsplätzen angeblich durch Dienstleistungsarbeitsplätze wettgemacht werden. Tatsächlich ist jedoch der Abbau von Arbeitsplätzen hier längst genau so groß, wenn nicht noch größer. Scheinzuwächse entstehen lediglich, indem zum Beispiel die boomende Zeitarbeitsbranche einfach dem Dienstleistungssektor zugerechnet wird. Der Abbau von Dienstleistungsarbeitsplätzen erfolgt nicht nur durch Rationalisierung und Computerisierung, sondern vor allem durch unbezahltes Abwälzen von Arbeit auf den Kunden. Statt einer Dienstleistungsgesellschaft entsteht die „Selbstbedienungsgesellschaft“: Selbstbedienungsläden, Selbstbedienungsr้านอาหารen, Selbstbedienung der Wirtschaftsbosse und der Politiker, Selbstwählen unsinniger Bandauskünfte, Selbstablieferung von Paketen an Packstationen, Selbstmontage der Möbel, Selbstausfüllen von immer mehr computerlesbaren Fragebögen, Selbstbuchung von Tickets, Selbsthilfegruppen, Onlinebanking und immer weniger Filialen, Haltestellen und Briefkästen, immer weitere Wege. Immer mehr Leistungen, Kosten und Transportvorgänge werden ohne Gegenleistung dem Kunden auferlegt. Immer mehr Personal wird zugunsten der Shareholder und zulasten der Kunden eingespart. Überall werden die Schlangen an den Kassen und Schaltern immer länger. Auch der Staat versteht sich immer weniger als „Dienstleister“. Er tauft zwar seine Ämter in „Bürgerbüros“ und „Service-Agenturen“ um, wälzt aber immer mehr Verantwortung auf seine Wähler und auf die Privatwirtschaft ab, die nun für Arbeits-, Einkommens- und Obdachlosigkeit die Eigen- oder Selbstverantwortung tragen. Es kommt die private Eigenverantwortungsgesellschaft. Je größer Versagen und Selbstentmachtung des Staates, desto größer die Privatisierungs- und Heilsversprechungen.

Exponentielles Wachstum des Sozialprodukts gibt es ebenfalls in der Bundesrepublik seit 1965 nicht mehr und in den westeuropäischen Industrieländern kaum noch. Es gibt nur ein lineares Wachstum des Bruttosozialprodukts, das unsinnigerweise exponentiell gemessen wird. Auch ein lineares Wachstum führt zu einem dauernden, erheblichen Anstieg des Sozialprodukts. Exponentiell wachsen demgegenüber zum Beispiel die privaten Geldvermögen. Während ein „exponentielles Wachstum“ zu einer Verdoppelung nach jeweils gleichen Zeitschritten führt (1,2,4,8,16,32...), bleiben beim „linearen Wachstum“ die Zuwächse nach gleichen Zeitschritten jeweils gleich (1,2,3,4,5,6...). Misst man den linearen Anstieg » » »

Fünzig Prozent bei der Werbung sind immer rausgeworfen. Man weiß aber nicht, welche Hälfte das ist.

Henry Ford

des Sozialprodukts exponentiell, so misst man seismografische Schwankungen der Zuwachsgeschwindigkeit, suggeriert aber ein Auf und Ab der Wirtschaftsentwicklung, das es in Wirklichkeit nicht gibt. Bei einer solchen Messung müssen die exponentiellen Prozentzuwächse naturgemäß ständig zurückgehen. Dieser Rückgang in einer mathematischen Ableitung wird dann als „abnehmendes Wachstum“ bezeichnet. Damit kann man das dauernde, völlig unbegründete Krisengejammer legitimieren und die durch die Konstruktionen der leistungslosen Geldvermehrung absichtsvoll erzeugte Armut begründen.

Freiheit: Das ursprünglich hart erkämpfte Menschenrecht wird immer mehr auf bloße Konsumfreiheit, Wirtschaftsfreiheit und die Freiheit der Starken eingeengt. Meinungsfreiheit ist zur Privatangelegenheit der Medien geworden, in denen selbst Nachrichten und Elementarinformationen in Meinungssendungen umfunktioniert werden. Der Bürger hält die Wahl zwischen dreißig verschiedenen Automarken, Privatversicherungen, Reisezielen und Klodeckeln für „Freiheit“. Aber selbst diese Freiheiten können sich die immer größeren, einkommensschwachen Teile der Bevölkerung immer weniger leisten. Das ist offensichtlich beabsichtigt, wenn es in der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Merkel heißt: „Wir können den Schwachen dann und nur dann etwas abgeben, wenn wir Starke haben, die alle anderen mitziehen“. Die Freiheit immer größerer Teile der Bevölkerung besteht offensichtlich darin, die Starken zu bitten, ihnen etwas „abzugeben“ und sie „mitzuziehen“. Der Sozialstaat als Mitleidsveranstaltung der Reichen. Diese Form von Freiheit soll dann anderen Staaten unter Waffengewalt aufoktroiert werden. Man sagt Freiheit und meint Kapitalismus, Wirtschaftsfreiheit.

Globalisierung: Das Gegenteil von Regionalisierung. Alle Globalisierung begünstigt das mobile Kapital von „Angreiferstaaten“ (Der Spiegel), nicht aber deren verarmte Bevölkerungen (siehe China). Alle Regionalisierung schützt die immobilen Arbeitenden. Das globale System ist notorisch unzuverlässig. Wer heute Gewinner ist, kann morgen Verlierer sein und umgekehrt. Zuverlässigkeit kann nur durch ein gewisses Maß an Autarkie und nur in kleinem Maßstab gesichert werden. Auch im ressourcenarmen Deutschland kann Autarkie hergestellt werden: auf dem Agrarsektor sofort, auf dem Energiesektor nach einiger Zeit und auf dem Geldsektor zumindest teilweise.

Geldverbrennung: „Bei Kursstürzen verbrennt Geld“. Eine nicht auszurottende Unwahrheit. Mit Ausnahme der so genannten Erstemission ist aller Aktienhandel ein reines Wettgeschehen, ein volkswirtschaftliches Nullsummenspiel. Alles Geld, was von irgendjemandem gewonnen wird, wird von jemand anderem verloren. Das Produkt aus Aktien und Kursen ist ein fiktiver Wert, der niemals als Ganzes realisiert werden kann. Bei steigenden Kursen bezahlen die Spätkäufer den Gewinn der Frühkäufer. Bei fallenden Kursen die Spätverkäufer den der Frühverkäufer. Das gilt auch für den Fall von Manipulationen, Gerüchten, Crashes und Schwarzen Freitagen. Meist bezahlen am Ende viele Kleinanleger, was wenige Großaktionäre vorher abgesahnt haben. Auch das Geld dieser Verlierer ist jedoch nicht verbrannt, sondern auf den Konten der Gewinner. Wie alle leistungslose Kapitalvermehrung ist auch die Aktienspekulation ein Mittel, um sich Teile der realen, durch Arbeit erzielten Wertschöpfung anzueignen. Und wie alle leistungslose Kapitalvermehrung trägt auch sie zur ständig steigenden sozialen Ungleichverteilung bei. Das Gerede von der „Geldverbrennung“ soll diesen Aneignungsvorgang in eine unvermeidbare Katastrophe umlügen.

Halbierung der Arbeitslosigkeit: Von Gerhard Schröder versprochen. Nie eingetreten. In den 70er und 80er Jahren glaubte man, für die völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit seien sechs Prozent Wachstum erforderlich, für ihre Halbierung drei Prozent. Die Unsinnigkeit einer solchen Annahme wird schon durch folgende Überlegung deutlich: Das Sozialprodukt hat sich in Deutschland seit 1971 verdoppelt, seit 1962 verdreifacht. Lässt man einmal die neuen Bundesländer außen vor, so bedeutet ein Prozent Wachstum heute absolut die gleiche Zunahme des Sozialprodukts wie durch zwei Prozent 1971 oder drei Prozent 1963. Die Arbeitslosigkeit hat sich aber seitdem keineswegs halbiert. Sie ist vielmehr ständig parallel zum Sozialprodukt gestiegen.

Industrialisierung: Ist der bisher größte Fortschrittssprung in der Menschheitsgeschichte. Sie eröffnet bisher nie gekannte Möglichkeiten unter anderem von Fortbewegung, Materialeigenschaften und Erkenntnissen, aber auch von Tötung und Zerstörung. Vor allem aber ist sie Befreiung von menschlicher Arbeit durch die Maschine. Es blieb dem Kapitalismus vorbehalten, diesen Jahrtausendtraum der Menschheit in den Albtraum „Arbeitslosigkeit“ zu verkehren. Die ursprüngliche Fortschrittserwartung ist so für große Teile der Menschheit zur Bedrohung geworden.

» » »

Inflationsausgleich: Während die Milliardäre sich jährlich leistungslos Millionen einstecken, glaubt der Durchschnittsbürger immer noch, Zinsen seien eine Art berechtigter Inflationsausgleich, ähnlich wie Lohnerhöhungen. 60 Prozent der Bevölkerung, vor allem also Mittelständler, glauben, sie seien Zinsgewinner. D. h., ihre Guthabenzinsen seien höher als ihre Schuldzinsen. In Wirklichkeit gehören über 80 Prozent der Bevölkerung zu den so genannten Zinsverlierern. Der Anteil an Sollzinsen in Steuern, Preisen, Mieten und Gebühren übersteigt ihre vergleichsweise lächerlichen Guthabenzinsen um ein Vielfaches. Die Inflationsrate ist dagegen marginal. Insofern sind Lohnerhöhungen auch kein Inflationsausgleich, sondern nur ein winziger Bruchteil der lautlosen und unsichtbaren Schattenzahlungen der Arbeitenden an die reichen Nichtarbeitenden, ein lächerlicher Scheinausgleich für die geraubte reale Wertschöpfung.

Kondratieffsche Wellen suggerieren einen ständigen, angeblich konjunkturbedingten Wechsel zwischen einem steigenden und einem vermeintlich sinkenden Wachstum. Tatsächlich sinkt aber überhaupt nichts. Vielmehr nimmt das Sozialprodukt unaufhörlich und unbekümmert weiter zu. Es wechselt nur die Geschwindigkeit der Zunahme, und auch die nur äußerst geringfügig. Die „Wellen“ gibt es also nur in einer mathematischen Ableitung. Das ist der Trick.

Konjunktur: Angeblich rhythmisch auftretende Boomphasen der Wirtschaftsentwicklung. Der Wechsel zwischen Konjunktur und Krise folge so genannten „Kondratieffschen Wellen“ (Nach ihrem „Entdecker“ Kondratieff).

Privatisierung heißt einer der Vorwände, unter denen Wertschöpfung, Sozialprodukt, Arbeitseinkommen, Bildung, Daseinsvorsorge der leistungslosen Geldvermehrung zur Ausplünderung vorgeworfen werden. Je mehr Aufgaben dem Staat und der demokratischen Kontrolle entzogen und dem privaten Kapital ausgeliefert werden, desto aufwendiger die Wahlkämpfe, in denen man die Vertreter für die immer wenigeren Restaufgaben wählen lässt. Privatisierung verursacht erst das Staatsversagen, mit dem sie dann gerechtfertigt wird. Beispiel: Anstelle der staatlich organisierten Daseinsvorsorge hat der Bürger die „Freiheit“, zwischen 30 undurchschaubaren Privatversicherungen zu wählen. Wird er dabei über den Tisch gezogen, ist es seine Schuld, nicht die des Staates.

Protektionismus: Der Begriff ist von der Ökonomie inzwischen absichtsvoll diskreditiert worden, weil er den vermeintlich „freien Welthandel“ behindere. Das trifft jedoch vor allem auf protektionistische Maßnahmen der westlichen Industriestaaten zu. Während früher Protektionismus dem Schutz der Bevölkerungen der wirtschaftlich schwächeren

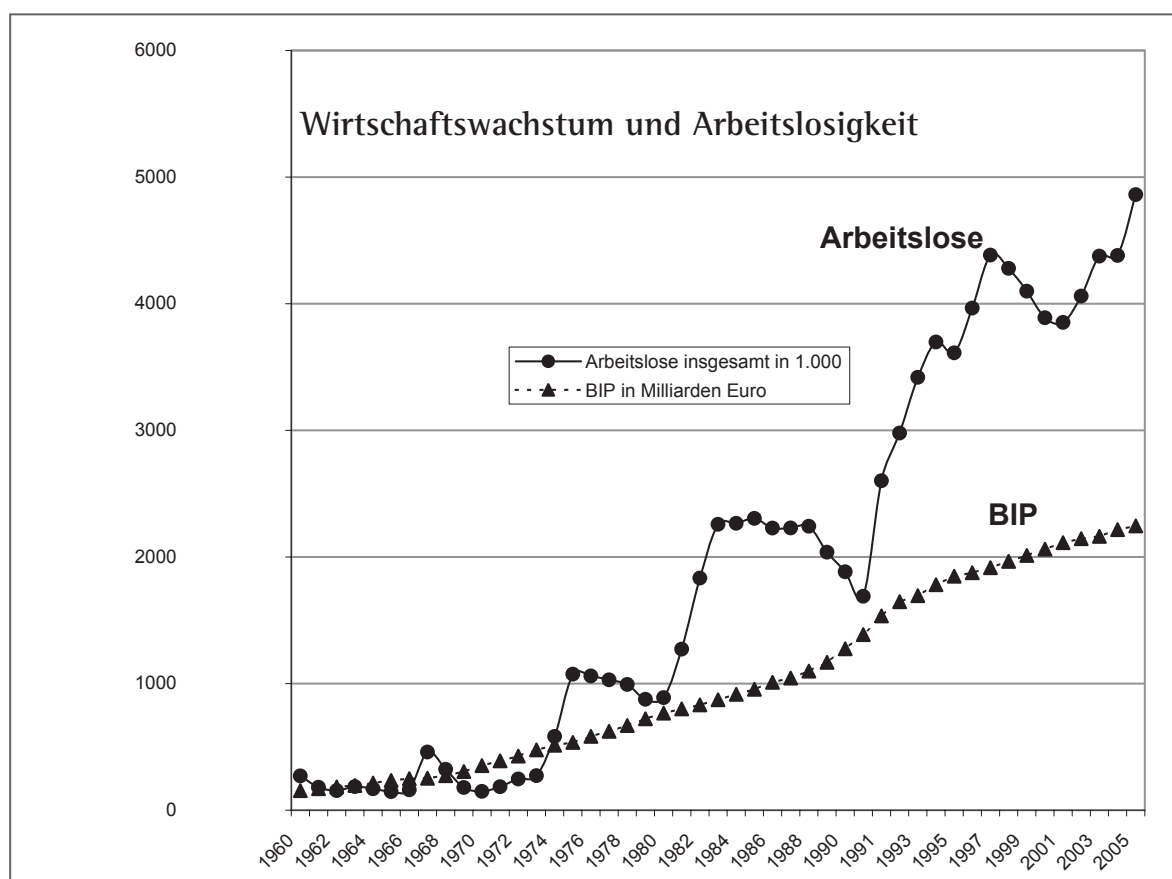
Staaten diene, dient er heute der Gier westlicher und asiatischer Kapitalmacht. Tatsächlich kann eine demokratische, d. h. bevölkerungsgerechte Politik prinzipiell nicht ohne Schutzmaßnahmen vor der so genannten „Globalisierung“ auskommen, vor Stromkonzernen, Billiglöhnen, Billigflaggen, „Sonderwirtschaftszonen“, Handelssubventionen, Steueroasen und Immobiliendiebstählen so genannter „Investoren“.

Reform: Politfossilien aus dem 19. Jahrhundert versuchen, den von ihnen beabsichtigten Rückschritt als „Reform“ darzustellen. Alle mühsam erkämpften sozialen Errungenschaften sollen zurückgedreht werden: Arbeitszeitverkürzung, Inflationsausgleich, Kündigungsschutz, Koppelung der Renten an die Lohnentwicklung, kostenlose Bildung und ärztliche Versorgung, steuerliche Belastung der Kapitaleseite. Alles unter dem Vorwand, es ginge uns wirtschaftlich schlecht. Auch das ist eine Lüge. Tatsächlich sind Sozialprodukt und Wohlstand größer als jemals zuvor in der Geschichte. Sie kommen jedoch nicht der breiten Bevölkerung zugute, sondern nur der leistungslosen Geldvermehrung der ohnehin schon Reichen. Nur sie werden von der Politik durch die so genannten „Reformen“ ständig bedient. Die „Reformlüge“ ist zwar allgemein erkannt worden. Es gibt jedoch Halfossilien, die glauben, dass die Vollfossilien zumindest in einem Punkt Recht haben: Arbeitslosigkeit lasse sich nur durch exponentielles Wachstum beseitigen.

Rentenproblem: Entsteht angeblich, weil aufgrund des „demografischen Wandels“ immer weniger Junge für immer mehr Alte arbeiten oder „bluten“ (Exkanzler Schröder) müssen. Weshalb gibt es dann in Europa trotzdem eine Jugendarbeitslosigkeit von durchschnittlich 25 Prozent? In Wirklichkeit kann an eine gleich gebliebene Bevölkerung jedes Jahr ein größeres Sozialprodukt verteilt werden als jemals zuvor, denn wir haben ja immer noch Wirtschaftswachstum. Das Rentenproblem ist also fiktiv, bzw. hausgemacht. Das immer größere Sozialprodukt wird nicht von den Jungen erarbeitet, sondern von Maschinen. Es wird nur nicht verteilt, sondern einfach von den Kapitaleignern eingesteckt. Sie sind es, für die die immer weniger Jungen arbeiten müssen.

Umlagesystem: Es wurde von Bismarck eingeführt und suggeriert, die künftigen Renten würden auf die heutigen Beitragszahler „umgelegt“. In Wirklichkeit legt es die Industrialisierungsgewinne auf die Kapitaleigner um und die Lasten auf die Arbeitenden. Letztere müssen sich gegen die Industrialisierungsfolgen untereinander selbst versichern, damit Erstere ungestört die Früchte der Industrialisierung einstecken können.

Umverteilung: Umverteilung erfolgt real ständig, und zwar lautlos von unten nach oben durch die installierten Mechanismen der leistungslosen Vermehrung der Geld- » » »



vermögen (Zinseszins, Hedge-Fonds, Private Equity usw.). Sie nimmt immer gewaltigere Ausmaße an. Von den Konservativen wird der Begriff jedoch genau umgekehrt auf alle Maßnahmen angewandt, die dieser real stattfindenden Umverteilung durch Sozialmaßnahmen entgegenzuwirken suchen. Sie sagen „Umverteilung“, meinen aber „Umverteilungsverteilung“.

Verringerung der Neuverschuldung soll suggerieren, es würde irgendetwas verringert. Es wird aber keinerlei Verschuldung verringert. Verringert wird wieder nur die Geschwindigkeit der Zunahme, also wieder eine mathematische Ableitung (genau wie bei den „Kondratieffschen Wellen“). Die Verschuldung steigt weiter, wenn auch etwas langsamer. Bisweilen wird sogar von einer „abnehmenden Verringerung der Neuverschuldung“ gesprochen. Dabei stiege die Verschuldung noch schneller an. Die Formulierung ist ähnlich unsinnig wie: „Lebenslang mit anschließender Sicherungsverwahrung“.

Vollbeschäftigung: Vollbeschäftigung mit 40 Wochenstunden für alle kann es nie wieder geben. Noch in den achtziger Jahren wurde von Ökonomen und Politikern vorgerechnet, eine Vollbeschäftigung sei nur ab sechs Prozent Wachstum möglich. Bei drei Prozent Wachstum werde die Arbeitslosigkeit halbiert. (Vergl. auch: „Halbierung der Arbeitslosigkeit“). Inzwischen ist Ernüchterung eingetreten. Der Rückgang des Arbeitsvolumens wird nun absichtsvoll benutzt, um mensch-

liche Arbeit ständig zu entwerten und zu erschweren (sog. „Prekarisierung“).

Wachstumsabhängigkeit der Beschäftigungsrate. Auch diese Annahme gehört zu den großen Zeitgeistirrtümern der Moderne. Langfristig sind Sozialprodukt und Arbeitslosigkeit seit 1965 stets linear und parallel angestiegen: je größer das Sozialprodukt, desto größer die Arbeitslosigkeit. Zwei parallel verlaufende Vorgänge können sich nicht gegenseitig kompensieren. Beide sind Resultat ein und desselben Prozesses, nämlich der ständigen Erhöhung der Produktivität durch zunehmenden Maschineneinsatz. Natürlich kann die ständige Erhöhung des Sozialprodukts auch einmal vorübergehend zu einer höheren Zahl von Arbeitsplätzen führen, vor allem dann, wenn ein überdurchschnittlicher Teil in Löhne und Konsum fließt oder wenn eine zu geringe Investitionsrate den Maschinisierungsprozess verzögert. Solche vorübergehenden Einbrüche beim Anstieg der Arbeitslosigkeit werden dann seit Ludwig Erhard stets wortgleich als die endgültige „Wende auf dem Arbeitsmarkt“ bejubelt. Dieser Jubel macht dann nach kurzer Zeit wieder der Realität Platz.

Wende auf dem Arbeitsmarkt: Wird seit 1965 ständig wortgleich prophezeit, ist jedoch nie eingetreten. Sie könnte sofort erreicht werden durch gleichmäßige Verteilung des verbliebenen Arbeitsvolumens, d. h. durch Verkürzung der Arbeitszeit.

« « «